

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 17. Mai 2022

Medienmitteilung

Gendersprache beim Bund? Nein zu kulturmarxistischer Sprachzerstörung!

Die Zürcher SP-Nationalrätin Céline Widmer will mit einem Vorstoss erreichen, dass Bundesangestellte in amtlichen Publikationen in «gendergerechter Sprache» kommunizieren. Die EDU Schweiz wehrt sich entschieden gegen diese ideologische Verblendung, welche – als Ausdruck kulturmarxistischer Ideologie – einen Angriff auf die historisch gewachsene deutsche Sprache darstellt und niemandem etwas bringt.

Linksrüne Kreise nehmen Anstoss am «Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache», welchen die Bundeskanzlei 2021 herausgegeben hat. Dieser verbietet nämlich explizit den Gebrauch von Genderstern, Binnen-I oder Doppelpunkt «aus sprachlichen, sprachpolitischen und rechtlichen Gründen». Die Bundeskanzlei schliesst sich damit der Wertung des Dudens an, der sich der Gendersprache ebenfalls verweigert. Selbst für den Bund ist also unbestritten, dass man respektvoll und alle Menschen wertschätzend kommunizieren kann, ohne die deutsche Sprache zu zerstören.

Die EDU wünscht sich von Bundesrat und Bundeskanzlei, in dieser Frage konsequent zu bleiben und die linken Angriffe zurückzuweisen. Der europa- und weltweit grassierende Gender-Wahn muss klar und deutlich als Ausdruck kulturmarxistischer Ideologie benannt werden. Die Gender-Sprachvergewaltigung dient gewissen Kreisen dazu, die göttliche Geschlechterordnung von Mann und Frau zu untergraben und historisch gewachsene Werte aufzubrechen. Das darf unsere Gesellschaft nicht zulassen.

PS: Nimmt man die «Blick»-Umfrage vom 16. Mai 2022 («Was hältst du vom Genderstern-Verbot?») als Referenz, hält der Grossteil der Öffentlichkeit nichts von diesem Gender-Aktivismus. 86 Prozent der über 5'000 Umfrage-Teilnehmer (Stand: 17. Mai 2022, 16:00 Uhr) sprechen sich für ein Verbot aus. Quelle: <https://www.blick.ch/politik/bund-soll-ueber-die-buecher-spller-innen-wehren-sich-gegen-genderstern-verbot-id17492986.html>

EDU Schweiz